

## Der Gashandel und die Stadtpräsidenten

Auf den ersten Blick erstaunt es, dass alle drei Stadtpräsidenten von Grenchen, Solothurn und Olten im Co-Präsidium gegen das moderne Energiegesetz anzutreffen sind. Über dieses wird im Kanton Solothurn am 10. Juni abgestimmt. Haben doch zumindest die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger in Solothurn und Olten in der Vergangenheit mit grossen Mehrheiten immer nachhaltig und für die Energiewende gestimmt. Schaut man auf den zweiten Blick genauer hin, welche Interessen diese Herren in ihren städtischen Werken vertreten, stellt man fest, der Gashandel floriert und gehört zur Haupteinnahme der jeweiligen städtischen Werke. Geld verdienen wird bei einem Ja zur Vorlage nicht verboten, im Gegenteil. Langsam aber sicher müssten sich jedoch auch die Versorger dahingehend Gedanken machen, wie man von der Auslandabhängigkeit wekommt, hin zu mehr Nachhaltigkeit und Swissness. Es gibt inländische Alternativen und damit lässt sich ebenfalls Geld verdienen (siehe Energie 360° - das frühere Erdgas Zürich). Diese Alternativen bieten Gewähr, dass die Wertschöpfung hierbleibt, es werden Arbeitsplätze geschaffen, die Wirtschaft gefördert, die Umwelt geschützt und eben - die leidige Abhängigkeit vom Ausland reduziert. Um auf den dritten Blick zu kommen - es erstaunt eben doch sehr, dass das Männertrio sich dermassen gegen mehr Nachhaltigkeit ins Zeug wirft. Nichtsdestotrotz, «Ihre» Stimmbürger werden es am 10. Juni richten und mehrheitlich ein Ja zum Energiegesetz einlegen.

NIKLAUS WEPFER, BALSTHAL

## Liberaler Werte

**Ausgabe vom 25. 4.:** FDP sagt überdeutlich Nein zur Energiegesetz-Teilrevision

«Wir sagen nicht Nein zur Energiestrategie» wurde FDP-Kantonalpräsident Stefan Nünlist zitiert. Dabei ignorierte er die deutliche Nein-Parole des Solothurner Freisinns zur Energiestrategie 2050 vor einem Jahr. Mit Blick auf das überdeutliche Nein zur Energiegesetz-Teilrevision der freisinnigen Delegierten am 24. April, bleibt das präsidentiale Statement ein Lippenbekenntnis. Dass sich liberale Werte und zukunftsorientierte Vorschriften im Energiebereich nicht ausschliessen, beweisen die Kollegen aus dem Kanton Luzern. Die FDP und die Jungliberalen werben im Ja-Komitee offiziell für das Energiegesetz, über das in Luzern ebenfalls am 10. Juni abgestimmt wird.

THOMAS STUDER, GEMEINDE-  
UND KANTONSRAT CVP, SELZACH